für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–



Diese beiden Herren ziehen eine Show ab und legen sich dabei mächtig ins Zeug. Supermächtig sogar. Auf offener Bühne reden sie gern von Frieden und Abrüstung, aber hinter den Kulissen spielt sich eine

Verschwörung gegen die Völker Europas

ab, denn dort feilschen die beiden Supermächte einerseits um die Grenzen ihrer Machtbereiche, anderseits um die Stärkung ihrer gemeinsamen Vorherrschaft.

Was steckt hinter der amerikanisch-russischen Packelei?

Wir diskutieren darüber am Freitag, dem 27. Juli 1973, im „Bayrischen Hof," Wien 2, Taborstraße 39; Beginn 19.30 Uhr. Wenn Sie an dem Thema interessiert sind, dann sind Sie herzlich willkommen!

»Für die Volksmacht«, Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7; für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P. b. b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

für die volksmacht

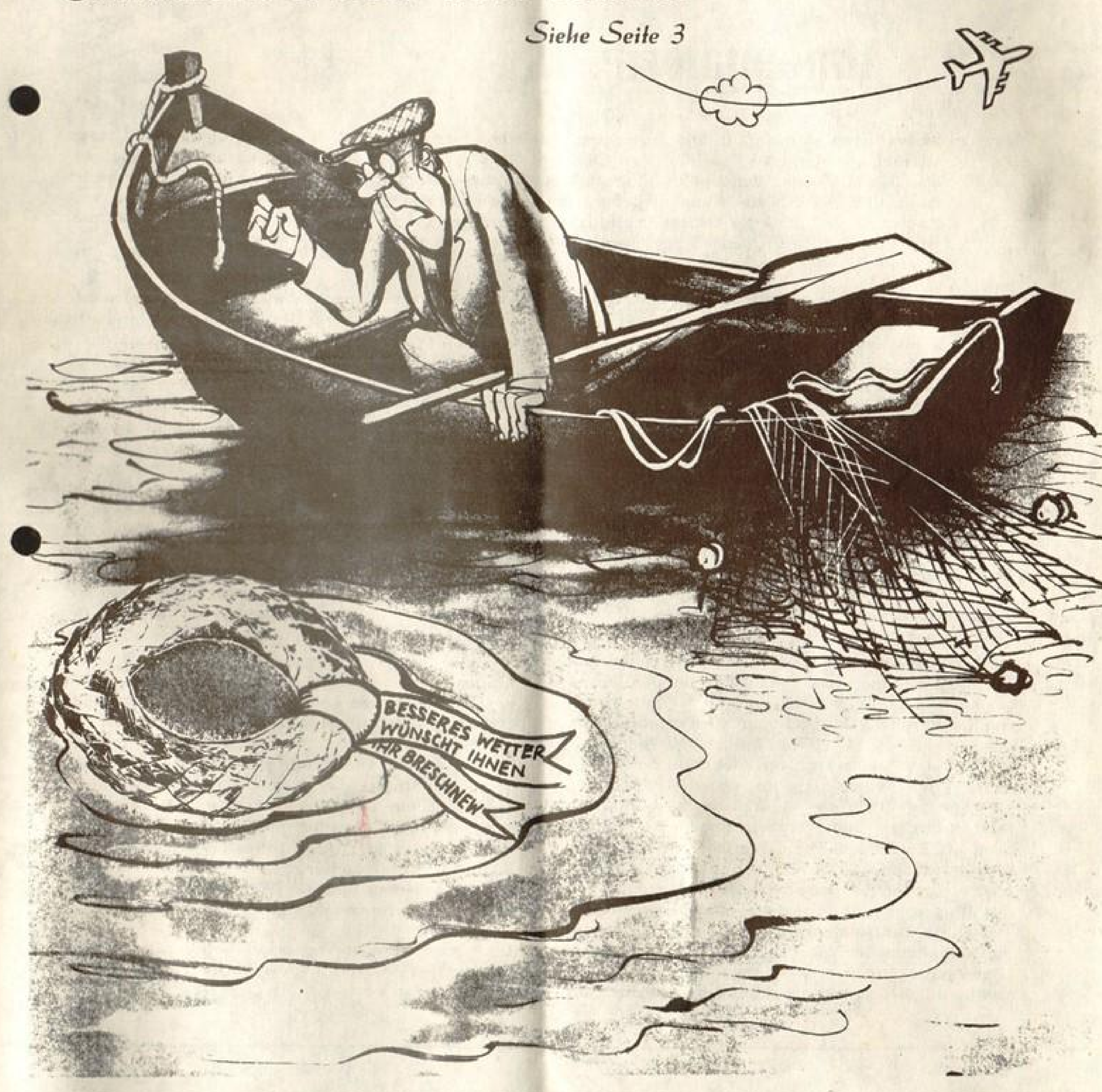
Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 30,–

Nr. 76 · Juli 1973

Schlechtes Wetter über Island

Siehe Seite 3





Eine Hypothese von Portisch & Co. führt uns geradewegs zu einer erstaunlichen demokratischen

Ahnengalerie

Amerika ist stolz darauf, und jedem amerikanischen Schulkind wird es eingetrichtert: Daß George Washington, der erste Präsident der USA, zeitlebens nie gelogen hat. Wobei es nun für uns belanglos ist, ob in dieser Behauptung nicht auch ein bißchen patriotische Übertreibung steckt. Tatsache ist jedenfalls, daß sich die Wahrheitsliebe amerikanischer Präsidenten seither besorgniserregend verringert hat und der arme George Washington wie ein Brummkreisel in seinem Grab rotieren müßte, wüßte er, was heutzutage im Weißen Haus so alles gelogen wird.

Die Lüge ist ein derart fester Bestandteil der US-Politik geworden, daß wohl jeder halbwegs politisch Interessierte auf Anhieb zumindest die bekanntesten Lügen der letzten Präsidenten aufzählen kann. Etwa, daß Kennedy bestritt, von der vom CIA geplanten Invasion in der kubanischen Schweinebucht gewußt zu haben. Oder daß Johnson (wie die Pentagon-Papiere es beweisen) den sogenannten Tongking-Zwischenfall — so wie vor ihm ein anderer großer Feldherr den „Überfall auf den Sender Gleiwitz" — herbeiführte, um einen Kriegsgrund zu haben. Na, und über Nixon kursierte ja schon vor dem Watergate-Skandal jene Scherzfrage, die gar keine Frage war, weil niemand sich ein Ja erwartete: „Würden Sie von diesem Mann einen Gebrauchtwagen kaufen?"

Jetzt, nachdem Nixon im Verdacht steht, der Boß einer Einbrecherbande gewesen zu sein, haben laut Meinungsumfragen nur noch 24 % der US-Bürger zu ihm Vertrauen, während ihn 60 % glattweg einen Lügner nennen. Und nun wird's interessant, denn wir stehen vor einem einzigartigen Phänomen. Dieweil also, wie gesagt, die Mehrheit der Amerikaner ihren Präsidenten für einen Gauner hält, schätzen ihn 100 % der Journalisten im bürgerlich-österreichischen Blätter- beziehungsweise Hinterwald als Ehrenmann. Vom „seriösen" Portisch bis hinunter zum rustikalen Staberl sind sie sich darüber einig, daß der arme Nixon keine Ahnung von den Dingen hatte, die seine Mitarbeiter trieben. Wobei sie nicht bedenken, daß es nicht unbedingt ein Kompliment ist, das sie ihm da machen. Denn Nixon hatte nur zwei Möglichkeiten: a) er wußte von den Einbrüchen in die chilenische Botschaft, ins Watergate-Hotel und in die Ordination des Psychiaters eines politischen Gegners oder b) er hatte wirklich keinen Dunst davon. Ein Präsident aber, der nicht weiß, was seine engsten Vertrauten und sein Geheimdienst tun, der müßte schon ein arger Trottel sein.

Es wird allerdings noch grotesker. Daß es der US-Regierung nämlich trotz aller Verschleierungsversuche nicht gelang, den Fall Watergate zu vertuschen, das gilt unsern bürgerlichen Journalisten als Beweis einer funktionierenden Demokratie. (Staberl: „Wahrhaftig: Ein Watergate-Skandal war nur in den USA möglich. Anderswo wäre er überall vertuscht worden.") Wir werden demnach, lieber Leser, umdenken müssen, waren wir doch bisher stets der Meinung, in einer funktionierenden Demokratie seien zum Regieren weder Lügen noch Verbrechen nötig.

Machen wir uns einmal den Spaß, die famose bürgerliche Hypothese konsequent zu Ende zu denken. Da hätten dann nicht nur die USA, sondern auch die griechischen Obristen eine wahre Prachtdemokratie, denn denen ist es nicht gelungen, die Errichtung von Konzentrationslagern und die Folterung politischer Häftlinge zu verheimlichen. Na ja, und gewissermaßen als Vater aller Demokraten wäre letzten Endes ein gewisser Adolf Hitler anzusehen, der bekanntlich daran scheiterte, die Ermordung von Millionen Menschen und die Anzettelung eines Weltkrieges zu vertuschen.

Doch Spaß beiseite. Nixons Mitarbeiter und die Mitarbeiter der österreichischen Massenmedien — sie sind einander wert. ●

Schlechtes Wetter über Island



Was steckt hinter der amerikanisch-russischen Packelei?

Zu diesem Thema werden wir in der nächsten Nummer und auch in einer öffentlichen Versammlung (siehe Ankündigung auf der letzten Seite) gründlich Stellung nehmen. Für diesmal begnügen wir uns mit ein paar Streiflichtern, welche die Verschwörung gegen die Interessen der Völker der Welt — nicht zuletzt gegen die Interessen der Völker der Sowjetunion selbst — charakterisieren sollen.

Beim Flug Breschnews nach Washington war ursprünglich eine Zwischenlandung in Island vorgesehen. Die dortigen Revisionisten redeten sich und der isländischen Regierung ein, bei dieser Gelegenheit würde Breschnew zumindest moralisch seine Unterstützung für den Standpunkt des isländischen Volkes im sogenannten Fischereikrieg bekunden. Da geht es bekanntlich darum, daß Island seine Territorialgewässer auf eine 50-Meilen-Zone ausgedehnt hat — was vollkommen berechtigt ist —, um sich vor dem wirtschaftlichen Ruin zu retten. Dieser droht durch den Raubbau der internationalen Großfischerei, der in den Gewässern um Island betrieben wird. Neben Engländern und Deutschen gehören dazu auch die Russen. Diese Illusionen konnten natürlich nicht aufgehen. Obwohl man in ganz Island nichts davon bemerkte, herrschte für das Sonderflugzeug Breschnews „Schlechtwetter". So gab's keine Unterbrechung der Reise, der Kreml-Boß flog ohne Unterbrechung zu seinem Busenfreund Nixon. Die politischen Geschäfte, deretwegen Breschnew unterwegs war, waren viel zu bedeutend, um da noch Gedanken an ein kleines unbedeutendes Land zu verschwenden. Noch dazu, da ja die Gefahr bestand, den amerikanischen Gastgeber bloßzustellen. (Island will ja auch in zunehmendem Maße die Bevormundung durch die USA abschütteln.) Für das isländische Volk zweifellos ein lehrreiches Beispiel.

Breschnew hat anscheinend noch etwas aus Chruschtschows Zeiten in Erinnerung: Das Ein- und Überholen der Amerikaner. Rein persönlich ist er da äußerst erfolgreich. Nachdem er (neben einem mit Goldarbeiten verzierten Jagdgewehr, Kostenpunkt 12 000 Dollar) von Nixon wieder einmal einen rasanten Wagen geschenkt bekam, hat der Mister Generalsekretär in puncto Luxusautos zweifellos die größten amerikanischen Kapitalisten überholt. Er besitzt jetzt schon eine ganz respektable Sammlung. In den amerikanischen Zeitungen konnte man denn auch lesen, Breschnew sei keineswegs ein fremdartiger Besucher, er sei vielmehr ein richtiger Businessman und teile mit den amerikanischen Businessmen die gleiche Leidenschaft für Autos.

Nur die amerikanischen Farmer sind mit dem Kuhhandel zwischen ihrer Regierung und den Russen nicht zufrieden. Sie sind der Meinung, daß sie zu wenig Geld für das Getreide bekamen, das sie den Russen verkauften, und brachten die Angelegenheit im Kongreß zur Sprache. Wir zitieren einen Bericht der „Presse" vom 23. 6. wörtlich: „‚Einige Kongreßleute sind überzeugt, daß den Russen nur aus politischen Gründen ein so relativ niedriger Weizenpreis zugestanden wurde', sagte Senator Clark in seiner Rede vor dem Senat am 30. Mai 1973. Vorangegangen waren die Verhöre, die Helmut Sonnenfeld durchzustehen hatte. Er leugnete nicht, daß man sich die russische Kooperation in Vietnam und bei der Beilegung anderer Krisen dadurch erkaufte, daß man den Sowjets aus der Ernährungskrise half und dabei darauf verzichtete, aus ihrer Misere ein Geschäft zu machen."

Die Farmer sind aber nur mittelgroße Haifische in der amerikanischen Wirtschaft und werden von den ganz großen Haifischen, in deren Auftrag Nixon letztlich handelt, einfach ignoriert. Zitieren wir nochmals die „Presse": „Dies alles wird den Marsch nach Osten von Big Business und Big Money nicht aufhalten, nachdem die Chase Manhattan Bank, Pepsi-Cola und demnächst sogar die Kentucky Brathuhnindustrie bereits in Moskau angelangt sind."

Dasselbe berichtet ein begeisterter Kommentator der russischen Agentur „Novosti" in der französischen Zeitung „Le Monde". Er fügt noch hinzu, daß eine amerikanische Buchhaltungsfirma Seminare in Moskau abhalten wird, in denen den neugebackenen russischen Kapitalisten eine moderne monopolkapitalistische Buchhaltung beigebracht werden soll. Derselbe Kommentator gerät dann vollends außer Rand und Band, als er berichtet: „Die Herren der Chase Manhattan Bank (Rockefeller) sind stolz darauf, daß ihr Büro in Moskau folgende Adresse hat: ‚1 Platz Karl Marx'. Ist das nicht symbolisch?" Allerdings, das ist symbolisch!

Wie der Herr, so das Gscherr

Der russische Ministerpräsident Kossygin hat während seines Aufenthalts in Wien einen 10-Jahres-Plan für eine wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Österreich unterzeichnet. Eine Zusammenarbeit — so ungefähr — wie zwischen Katz und Maus ... ●

Einzelpreis S 3,–
Jahresabonnement S 24,–

rotegarde★

Die Zeitschrift der revolutionären Jugend

Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.



Die Polit-Manager servieren:

»Demokratische« Spielarten und Spielereien

„Wie habt ihr das so genau getroffen?" Nämlich jenem "Unbehagen in der Demokratie" Ausdruck gegeben, das von den arbeitenden Menschen Österreichs seit vielen Jahren immer deutlicher empfunden wurde und sie bei den Wiener Gemeinderatswahlen im April 1969 zur massivsten Stimmenthaltung in der Zweiten Republik (25 Prozent) und damit zur eindrücklichsten Stimmungsbekundung gegen die bürgerlichen Schwindelwahlen veranlaßt hat. Sozialdemokratische Arbeiter waren es, die uns bei unserer Kundgebung am 1.Mai 1969 mit unserer Zeitung in der Hand die eingangs zitierte Frage gestellt haben. In dem Grundsatzartikel "Auf dem revolutionären Weg vorwärts!", den das Zentralorgan der VRA (Nr. 26, April 1969) an leitender Stelle veröffentlicht hat, hieß es nämlich: "Bei allen Wahlen ... gibt es für uns nichts zu wählen. Durch unsere Stimmenabgabe wollen sie (die Parteien des Establishments von ÖVP über SPÖ und FPÖ bis zur "K"PÖ - d.Red.) nur die Berechtigung erhalten, weiterhin gegen uns regieren zu können. Sie wollen uns etwas vorschwindeln, wollen uns 'Demokratie' vorgaukeln, um uns dann, sozusagen in unserem Namen, noch besser und noch mehr beherrschen und aussackeln zu können. Die Wahlen sind Schwindelwahlen! Daher rufen wir auf: Boykottiert diese Wahlen, gebt ihnen durch eure Stimme nicht das Recht, gegen euch zu regieren! Protestiert gegen die herrschende Klasse durch Stimmenthaltung!"

Vier Jahre später, vom 21. bis 26. Mai 1973, veranstaltete die herrschende Kapitalistenklasse abermals in Wien eine Abstimmung. Diesmal waren es keine "Wahlen", sondern eine sogenannte "Volksbefragung". Und siehe da: Nicht ein Viertel, sondern zwei Drittel der wahlberechtigten Wiener boykottierten diese Abstimmung! Dabei war es nicht etwa ein Sonntag, der eventuell wegen Schönwetters eher zu einer Fahrt ins Freie als zu einem Urnengang animiert hätte (wie dies die kapitalistischen Massenmedien oftmals als Begründung für eine niedrige Wahlbeteiligung hinzustellen pflegen); man konnte vielmehr eine Woche lang der vehementen Propaganda der Parteien und der Presse zur Teilnahme an der Abstimmung - sei es mit "Ja", sei es mit "Nein" - Folge leisten. Ja mehr noch: Mit dieser Stimmenabgabe konnte der einfache Staatsbürger tatsächlich mitentscheiden, ob das zoologische Institut der Universität Wien auf dem Gelände der Wiener Sternwarte gebaut werden solle oder nicht. Eben darum, weil diese Entscheidung nichts Entscheidendes für die Herrschaftsverhältnisse in Österreich und die Lebensfragen der Österreicher bedeutet hat, wurde diese "Volksbefragung" in so hohem Maße boykottiert.

Ist es nicht eine Verhöhnung der arbeitenden Menschen, wenn man sie großspurig zu einer "demokratischen Entscheidung" über Fragen aufruft, die ihrem Wesen nach reine Verwaltungsfragen sind?

Ob 76 Bäume im Sternwartegelände gefällt werden oder nicht, darüber sollten wir entscheiden. Und während die Zeitungen vom "Baummord" voll waren, stiegen die Preise munter weiter, packelten Unternehmer und Gewerkschaftsspitze, wie die arbeitenden Menschen weiterhin am besten ausgesackelt werden können.

Über "Stillhalteabkommen" und "Stabilisierungsmaßnahmen" werden wir wohlweislich nicht gefragt. Die "Volksbefragungs"masche, die jetzt groß in Mode kommt, gleicht dem Betrug am Hund, wenn er einen Gummiknochen zum Beißen vorgeworfen bekommt. Die Herrschaften an der Macht wissen aber, warum sie neue Betrugsmethoden aushecken. Die "Arbeiter-Zeitung" vom 2. Juni sagt es ganz offen: "In der Bevölkerung herrscht Unbehagen über Demokratieanspruch und Demokratiewirklichkeit." Weil mehr als 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung den Anspruch auf Demokratie erheben (das Wort bedeutet "Herrschaft des Volkes"), jedoch in Wirklichkeit von weniger als zehn Prozent der Reichen und Superreichen im Namen der bürgerlichen Schein"demokratie" unterdrückt und ausgebeutet werden, müssen die Herren immer neue Methoden des Volksbetrugs ersinnen. Indem sie uns "Demokratie" vorspielen, greifen sie, wenn die eine Spielart der "Demokratie" versagt, zu einer anderen.

Solche Spielarten sind z.B. einerseits die parlamentarische ("repräsentative") Demokratie, andererseits die plebiszitäre ("direkte") Demokratie. Bei der einen Spielart besteht der Betrug darin, daß den Wählern Parteien zur Wahl dargeboten werden, die allesamt das bestehende kapitalistische Ausbeutersystem unterstützen und somit den arbeitenden Menschen keine echte Wahl im Sinne ihrer Klasseninteressen ermöglichen. Außerdem wird im Parlament in Wirklichkeit nichts entschieden, denn im kapitalistischen Staat entscheiden die Kapitalisten mit Hilfe der unabsetzbaren hohen Bürokratie! Bei der anderen Spielart werden wir dadurch betrogen, daß wir wohl entscheiden dürfen, aber nur in nebensächlichen Sachfragen, wo es den Herrschenden im Grunde gleichgültig ist, wie die Entscheidung ausfällt, die Beherrschten aber den Eindruck erhalten sollen, daß sie irgendwo "mitbestimmen" können.

Das Ergebnis der Wiener "Volksbefragung" vom Mai 1973 hat gezeigt, daß die Werktätigen solche Betrugsmanöver immer besser durchschauen. Von den rund 1,2 Millionen Wahlberechtigten haben sich 800.000, d.s. 67 Prozent, trotz der vehementen Propaganda von allen Seiten geweigert, bei diesem Spiel mitzumachen. Zum größten Teil waren es - wie die Ergebnisse in den Arbeiterbezirken beweisen - sozialdemokratische Wähler, die zwar nicht durch eine "Nein"-Stimme den "Schwarzen" und "Braunen" zu einem"Sieg" verhelfen wollten, aber ihre Unzufriedenheit mit der SP-Führung dadurch bekundeten, daß sie deren eindringliche Aufforderung, mit "Ja" zu stimmen, nicht Folge leisteten, sondern den Urnen fernblieben. Eine kleine Zahl früherer SP-Wähler hat (offenbar unter dem Einfluß einer "Kronen-Zeitung") zusammen mit den VP- und FP-Anhängern eine "Nein"-Stimme abgegeben. Doch insgesamt wurden bloß 235.000 "Nein"-Stimmen gezählt, d.s. zirka 19 Prozent der Wahlberechtigten. Also nur knapp mehr als die Hälfte der Stimmen, die 1969 auf die Oppositionsparteien entfielen. Nur 174.000 der Wahlberechtigten (14 Prozent) stimmten mit "Ja", weniger aus Treue zur SP-Führung, die sie so bitter enttäuscht hatte, als aus Gegnerschaft zu den heuchlerischen Oppositionsparteien und hetzerischen Boulevardblättern.

Der Wiener Landesparteitag der SPÖ hat noch deutlicher die tiefe Krise gezeigt, in welche diese Partei geraten ist. Dabei darf man sich nicht von den Personalfragen irreführen lassen. Es kommt nicht darauf an, welcher Funktionär als Sündenbock geopfert und welcher als Zugpferd eingespannt wird. Es kommt darauf an, den ganzen Stall auszumisten.

Dabei wäre es ein verhängnisvoller Fehler, wenn die enttäuschten und erbitterten SP-Arbeiter auf die schamlose Demagogie der "K"PÖ-Führer hereinfallen sollten, die längst die Sache der Arbeiterschaft verraten haben und auf nichts anderes aus sind als auf ebensolche Posten und Pfründen, wie sie die SP-Bonzen besitzen.

Es kommt letzten Endes darauf an, daß die sozialdemokratischen Arbeiter gegen ihre burokratisch-kapitalistische Führung rebellieren, daß sie revolutionäre Opposi-

tionsgruppen schaffen, die zusammen mit den Marxisten-Leninisten eine echte Kampfpartei der österreichischen Arbeiterklasse ins Leben rufen. ●



...und ein Leserbrief zum selben Thema

Vor der "Sternwarteparkabstimmung" ist auf uns arbeitende Menschen ein wahres Trommelfeuer herabgeprasselt. Bei Diskussionen mit Kollegen darüber ist mir immer wieder ein Argument aufgefallen. "Vom Baummord reden sie, von den steigenden Preisen aber nicht." Ich glaube nicht, daß die Ablenkung von unseren Alltagssorgen der Hauptgrund für diese "Volksbefragung" war. Was mir daran wichtig erscheint? Daß die Leute in überwiegender Anzahl auf diesen politisch zu sehenden "Demokratie"-Betrug nicht hereingefallen sind. Keine Partei kann nämlich behaupten, "ihre" Wähler geschlossen hinter sich gehabt zu haben. Die "Nein"-Sager werden sicherlich Leute gewonnen haben, die um ihren Schrebergarten bangen oder diesen schon verloren haben. Wahrscheinlich auch solche, die sich ganz einfach für die SP-Politik revanchieren wollten. "Mitbestimmungsgedanken" werden die wenigsten gehabt haben.

Andererseits weiß ich, daß in SP-Betrieben die Arbeiter mehr oder weniger zur "Abstimmung" hindirigiert wurden. Natürlich für eine "Ja"-Stimme. Daß die "Parteitreue" für einen SP-Sieg nicht mehr gereicht hat, befriedigt mich außerordentlich. Ihre schäbige Rolle haben auch die "K"PÖ-Führer demonstriert. Ganz am Anfang haben sie sehr wohl die "Ja"-Parole ausgegeben. Sie wollten sich wahrscheinlich bei den SP-Bonzen "lieb Kind" machen. Wenn sie bald darauf wieder "umformulierten", dann wohl deshalb, weil ehrlichen Genossen wieder einmal der Hut hochgegangen ist.

F.P., Wien ●

Streik in Österreich

Vom Papst wurde Österreich seinerzeit als "Insel der Glückseligkeit" bezeichnet. Nun, klassenbewußte Arbeiter wissen natürlich, welche Stellung Papst und Kirche im Klassenkampf einnehmen. Sie stehen eindeutig auf der Seite der kapitalistischen Ausbeuter, mögen auch manchmal rebellische Pfarrer in Lateinamerika die Volksmassen zum Kampf um ihre Lebensinteressen animieren. Diese sind Ausnahmeerscheinungen. Uns geht es jetzt aber nicht um die Kirche und ihre Würdenträger, uns geht es um die "Insel der Glückseligkeit", um Österreich.

Offensichtlich kommt es bei uns darauf an, was man ist und in welchem Lager man steht. Glückseligkeit können in Österreich nur die hohen Herren an den Schalthebeln der Macht empfinden. Denn noch nie hat die kapitalistische Ausbeutung der arbeitenden Menschen so hohe Profite erbracht wie jetzt. Den Wahrheitsgehalt dieser Feststellung kann man in den Statistiken ersehen, die sich die herrschende Klasse zwecks Erarbeitung noch besserer Ausbeutungsmethoden aufstellt. Den arbeitenden Menschen wird die "Glückseligkeit" allerdings nur eingeredet. Daß dies mit allen Mitteln geschehen muß, darüber ist man sich vollkommen einig. Darüber streitet sich kein Kreisky mit einem Schleinzer, kein Androsch mit einem Koren, der Gewerkschaftsbund sich nicht mit der Wirtschaftskammer. Dabei ziehen ORF und Parteizeitungen mit den Sudelblättern "Kronen-Zeitung" und "Kurier" an einem Strick, und die Industriellenvereinigung gibt die Direktiven aus. Eigentlich müßten wir arbeitenden Menschen schon genug Stücke aus diesem Betrugstheater gesehen haben, um noch zu glauben, was uns da eingeredet wird. Und tatsächlich ist es auch so. In weiten Kreisen der Bevölkerung wird dieser Betrug schon zu durchschauen begonnen. Das allein genügt aber noch nicht. Wir müssen uns Gedanken machen, wie wir die Anschläge auf unsere Lebensinteressen abwehren und unsere berechtigten Forderungen durchsetzen können.

Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Artikels streiken tausend Arbeiter der Böhler-Ybbstal-Werke um betriebliche Lohnerhöhungen. Sie haben Parteiansichten und Betriebsegoismus zurückgestellt und stehen einhellig und geschlossen zu den aufgestellten Forderungen. Den Gewerkschaftsbonzen ist das genausowenig recht wie den Unternehmern. Denn hier hat ihr Betrugssystem versagt. Der mahnend erhobene Zeigefinger der Gewerkschaftsführung, so etwas doch nicht durchzuführen, weil man da nicht mitmachen könne, ebenso wie die Unternehmensdrohungen. Die Arbeiter haben sich auf ihre Kraft besonnen und sich zum Kampf entschlossen. Es ist dies eine vorbildliche Haltung im Interesse der gesamten österreichischen Arbeiterschaft, die allseitig und mit allen Mitteln solidarisch unterstützt werden muß. Es besteht gar kein Zweifel, daß eine unerschütterliche Haltung der Böhler-Arbeiter allen Abwiegelungsversuchen der Gewerkschaftsbonzen und allen Drohungen der Unternehmensleitung widerstehen und erfolgreich sein wird.

Der Kampf in den Böhler-Ybbstal-Werken geht um betriebliche Forderungen. Die Arbeiter haben bereits klargestellt, daß das Ergebnis daraus auf keinen Fall Rückwirkungen bei der kommenden Lohnrunde haben darf. Sie haben vollkommen recht. Steht doch eines bereits fest, wenn nicht die Arbeiter die Packelei zwischen Gewerkschaftsführung und Industriellenvereinigung durchkreuzen: Diese Lohnrunde soll die Senkung des Realeinkommens der arbeitenden Bevölkerung Österreichs vertraglich festlegen.

Benya hat großspurig angekündigt, daß die kommenden Lohnerhöhungen keinesfalls unter 10 Prozent liegen dürften. Was so großspurig klingen sollte in den Ohren der Arbeiterschaft, ist aber nichts anderes als eine Vorbereitung darauf, was kommen soll. Die arbeitenden Menschen sollen auf diese Summe eingestellt werden, damit sie dann, wenn vielleicht sogar etwas "mehr" herauskommt, erst recht zufrieden sein und die Gewerkschaft loben sollen. Tatsächlich läßt sich aber errechnen, daß eine Lohnerhöhung von 21,6 Prozent notwendig ist, wenn Inflationsrate, höhere Lohnsteuer und gestiegene Arbeitsleistung abgegolten werden sollen. Wir brauchen uns überhaupt nichts vormachen. Denn die kommenden Lohnerhöhungen werden auf jeden Fall wieder zum Vorwand für enorme Preiserhöhungen genommen werden, denen wir dann nach dem Willen der Paritätischen Kommission eineinhalb bis zwei Jahre lang nachrennen sollen. Das ist ja die Methode der Kapitalisten, die sie so lange anwenden werden, als sie an der Macht sind. Dagegen können wir uns nur wehren, wenn wir uns erstens ihren Betrug nicht mehr einreden lassen und zweitens jede Steigerung der Lebenskosten mit sofortigen Lohnforderungen beantworten. Weil uns Marxisten-Leninisten klar ist, daß erst die Abschaffung des kapitalistischen Systems und die Machtübernahme durch die Arbeiterklasse diesen Zustand beseitigen kann, haben wir vorgeschlagen, jetzt den Kampf um eine Lohndynamik aufzunehmen. Gemäß der Steigerung der Lebenshaltungskosten muß auch der Lohn steigen. So eine Lohndynamik haben sich die Arbeiter bereits in vielen Ländern Europas erkämpft.

Eines muß uns aber auf jeden Fall klar werden. Wenn wir unsere Interessen verteidigen wollen, müssen wir arbeitenden Menschen umdenken. Die Unternehmer kennen wir als unsere Feinde. Wir glauben aber noch an Freunde, die es gar nicht sind. SPÖ-Führer und ÖGB-Bonzen haben nur eine Tarnkappe um. Sie sind längst im Lager des Klassenfeinds und an unserer Ausbeutung führend beteiligt. Wir dürfen auch nicht auf die Heuchelei der "K"PÖ-Führer hereinfallen. Diese haben ebenso wie ihre Moskauer Herren die Arbeiter verraten und trachten vor allem nur nach Macht, Einfluß, Privilegien und Pfründen für sich. Mit ihnen würden wir uns nur neue Machthaber aufhalsen, die uns unterdrücken.

Es ist tragisch, aber wahr. Die österreichische Arbeiterklasse hat momentan keine revolutionäre Partei, die ihren Kampf organisieren und führen kann. Trotzdem müssen die Arbeiter den Kampf um ihre Interessen aufnehmen – in den Betrieben aufnehmen. Dort müssen sie sich um die klassenbewußten Arbeiter scharen, ihre Forderungen in Diskussionen festlegen, an die Unternehmer herantragen und bereit sein, dafür einzustehen. Dabei wird sich rasch zeigen, ob die gewählten Betriebsräte Arbeiterinteressen vertreten oder im Auftrag der Gewerkschaftsbonzen bremsen. Dabei werden sich ehrliche und aufrichtige Kämpfer für die Interessen der Arbeiterschaft herausbilden, aber auch die Keimzellen der notwendigen revolutionären Arbeiterpartei.

Die revolutionäre Tradition der österreichischen Arbeiterklasse ist groß. Wenn wir uns auf unsere eigene Kraft besinnen, den verräterischen Bonzen nicht mehr Gehör schenken, wenn wir aus negativen und positiven Erfahrungen lernen, werden beharrliche Kämpfe zweifellos erfolgreich sein. Wir sind ja nicht auf der Welt, um ausschließlich willenlose Sklaven kapitalistischer Ausbeuter zu sein. ●

An einen Leser

Am 1. Mai hat ein Besucher unseres Informationsstandes eine Bestellung aufgegeben und dafür fünfzig Schilling bezahlt. Wir haben leider die Adresse verloren und wissen daher nur, daß der Betreffende in der Oppenheimgasse wohnt. Wir bitten ihn deshalb, sich mit uns telefonisch (jeden Freitag ab 18 Uhr) oder schriftlich in Verbindung zu setzen! ●

Die Verräter in Phnom Penh

Im Januar 1971 teilte der sowjetische Botschafter in Hanoi, Tscherbakow, dem kambodschanischen Staatsoberhaupt N. Sihanouk folgendes mit: "Wie jedermann weiß, ist unsere Präsenz in Phnom Penh von äußerst begrenzter Art. ... Eine kleine Zahl sowjetischer Führungskräfte befindet sich derzeit in Phnom Penh, um die Lage an Ort und Stelle zu prüfen. Ihre Anwesenheit besitzt einen gewissen Einfluß im Sinne einer Ermutigung der patriotischen Kräfte im Kampf gegen die reaktionären Kräfte und die imperialistischen Interventionisten." ("Indochina von Peking aus gesehen - Gespräche mit Norodom Sihanouk".)

Die "kleine Zahl sowjetischer Führungskräfte" hat allerdings wenig zur "Ermutigung" der patriotischen Kräfte beigetragen. Die russische Anerkennung Lon Nols hat ganz im Gegenteil einen "gewissen Einfluß im Sinne einer Ermutigung" der USA ausgeübt und es den amerikanischen Imperialisten ermöglicht, ihre Aggression als "Hilfeleistung" für die legale und einzig wahre Regierung Kambodschas zu tarnen.

Wenn der russische Botschafter in Phnom Penh sonst jemand tatkräftigst ermutigt, dann ist das der Oberräuberhauptmann und selbsternannte Präsident Lon Nol selber. Denn dieser hat mit Hilfe der russischen Imperialisten versucht, eine "kommunistische Partei" zu gründen. Damit wollten die amerikanischen und russischen Imperialisten eine Scheinopposition zusammenbasteln. Diese sollte dann als angeblich selbständige "dritte Kraft" die nationale Einheitsfront unterminieren, mit dem Ziel, die Patrioten dazu zu bewegen, sich mit Lon Nol zu "arrangieren". Das Ergebnis dieses Manövers sollte die Teilung Kambodschas sein, wobei der Einfluß des amerikanischen Imperialismus erhalten werden sollte. Allerdings hat sich das kambodschanische Volk von der sogenannten "kommunistischen Partei" nicht irreführen lassen und der Plan ist fehlgeschlagen.

Das kambodschanische Volk aber hat erkannt, daß die russischen Imperialisten seine geschworenen Feinde sind. Norodom Sihanouk sagte in einem Interview mit der in Hongkong erscheinenden Zeitschrift "Far Eastern Economic Review", daß "die Sowjetunion offen ihre antiimperialistische und antikolonialistische Politik aufgegeben hat". Ihre politische Linie besteht darin, "Beziehungen mit den Großmächten der 'freien Welt' anzuknüpfen, um die Dritte Welt daran zu hindern, sich zu erheben und sich völlig vom Neokolonialismus ... zu befreien." Dem ist nichts hinzuzufügen. ●

In Nr. 75 der "Volksmacht" ist uns auf Seite 11 beim Kommentar zu einem Leserbrief ein sinnstörender Fehler unterlaufen. Es sollte im letzten Absatz ab der 10. Zeile von unten heißen: "..objektiven Verhältnisse noch nicht zu unseren Erkenntnissen gelangt sind, ein schwerer Fehler. Man kann eben nicht, wie Lenin feststellt..."

Die oben unterstrichenen Satzteile wurden in Nr. 75 versehentlich ausgelassen. ●

»Der Bauer als Revolutionär?«

So fragten wir in unserer Mai-Ausgabe, welche den Anliegen der Bergbauern gewidmet war. Wir werden uns auch weiterhin um diese Bevölkerungsschicht — die genauso wie der Arbeiter ausgebeutet wird — bemühen. Kürzlich verteilten wir in einigen Bundesländern das folgende zweiseitig bedruckte Flugblatt:

für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (Marxisten-Leninisten)

Sondernummer

Kostenloses Werbeexemplar

Der Parasit im Boot



Wir kleinen und mittleren Bauern (Gebirgsbauern) werden ausgebeutet. Das merken wir vor allem daran, daß wir für unseren verhältnismäßig kargen Verdienst unverhältnismäßig hart arbeiten müssen. Was viele von uns allerdings noch nicht merken, das ist die folgende Grundwahrheit: Daß unsere kapitalistische Gesellschaft eine Klassengesellschaft ist, die sich in Ausbeuterklassen und ausgebeutete Klassen gliedert. Wir kleinen und mittleren Bauern gehören (genauso wie die Arbeiter) zur ausgebeuteten Klasse. Und wer gehört zur Ausbeuterklasse? Nun, dazu zählen vor allem die Industrie- und Handelskapitalisten, die Bürokraten und Bonzen. Und damit wir nicht erkennen sollen, von wem wir ausgebeutet werden, sind die Ausbeuter streng darauf bedacht, uns sozusagen „dumm sterben" zu lassen. Deshalb reden sie so gern von der „Sozialpartnerschaft", obwohl diese seltsame Partnerschaft nur darauf beruht, daß sie den Mehrwert einstecken, während wir die Mehrarbeit machen. Gern gebraucht wird auch die Redewendung: „Wir sitzen doch alle in einem Boot!" Was zwar insofern stimmt, als wir alle im Boot der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sitzen; aber es ist doch ein gewaltiger Unterschied zwischen dem, der im Schweiße seines Angesichtes rudert, und dem, der sich rudern läßt und bestenfalls dem Ruderer „ho ruck!" zuruft. Es ist doch klar, daß die beiden im Boot widersprüchliche Interessen haben, daß es zwischen ihnen Klassengegensätze gibt, die nur mittels Klassenkampf gelöst werden können. Außerdem ist es dem Geruderten geradezu recht, wenn die Ruderer untereinander uneins sind und sich parteipolitisch zanken, denn da kommen sie wenigstens nicht auf die Idee, gemeinsam dem Ausbeuter den Klassenkampf anzusagen. Der Geruderte lacht sich eines, fördert den „Parteienhader" und sagt sich, wichtig ist nur, daß die „Trotteln" (nämlich die Ruderer) weiterrudern und nicht den wahren Feind erkennen.

„Teile und herrsche" sagten schon die altrömischen Herrscher (Ausbeuter) und hielten mit diesem System ihre Macht gegenüber den Beherrschten (Ausgebeuteten) aufrecht. Auch unsere kapitalistischen Herrscher haben Zustände wie im alten Rom geschaffen, sie haben die werktätigen Bauern geschickt geteilt in ÖVP-Bauern im Bauernbund, in SPÖ-Bauern im Arbeitsbauernbund und in FPÖ-Bauern. Tatsache aber ist, daß diese Bauern nur ein



anderes „Ruderleibchen“ anhaben, denn der Bauernbündler wird genauso ausgebeutet wie der Arbeitsbauernbündler und alle anderen restlichen Bauern. Obendrein stellen die im Parlament vertretenen Parteien die bestehende Ausbeuterordnung als das beste aller Systeme hin, als „natürliche Ordnung“, als „gottgewollt“ und so weiter. Und solange die ausgebeuteten Ruderer ihre politischen Aktivitäten darauf beschränken, einander zu überzeugen, daß es besser ist, mit schwarzen oder rosaroten oder blauen (braunen) Ruderleibchen zu rudern, solange wird sich im Boot nichts ändern. Es wird weiterhin im Schweiße ihres Angesichtes Rudernde geben auf der einen Seite und sich lässig räkelnde Geruderte auf der andern.

Auf uns Bauern übertragen heißt das: Die Ausbeuter betrügen uns, wenn sie uns einreden, es sei „Demokratie“, wenn wir politisch zersplittert sind. Denn Demokratie heißt „Volksherrschaft“. Davon kann in unserer Gesellschaftsordnung aber wahrlich keine Rede sein, denn es herrschen eindeutig die Kapitalisten und deren Söldlinge, also eine zahlenmäßige Minderheit, über die große Masse der werktätigen Volksmassen. Die Ruderer im Boot können sich wohl alle vier Jahre durch „Wahlen“ die Farbe ihrer Ruderleibchen aussuchen, aber am Steuer sitzt das Handels- und Industriekapital und bestimmt den Kurs.

Bis jetzt hat erst ein Teil der Bauern und Arbeiter den Betrug erkannt. Aber eben diese Erkenntnis gibt den fortgeschrittensten unter uns die Kraft, gegen jene scheinbar unüberwindliche Mauer von Vorurteilen und Unwissenheit anzurennen, die uns noch von den breiten Massen der Werktätigen trennt – trennt von einer ausgebeuteten werktätigen Bauernschaft, welche **n o c h n i c h t** damit begonnen hat, das Rad der Geschichte weiterzudrehen. Einer klassenlosen Gesellschaftsordnung entgegen, in der es nicht die Ausbeutung einer Klasse durch die andere gibt: die wahre sozialistische Gesellschaftsordnung. ●



für die volksmacht

Zentralorgan der Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs. Erscheint monatlich, meist 16 Seiten stark. Einzelpreis S 3,–, Jahresabonnement S 30,–. Abonnementbestellungen oder Bestellungen kostenloser Probenummern bitte an die VRA: 1205 Wien, Postfach 3, oder 6923 Lauterach, Postfach 66.

Milchkrisengroschenerhöhung: Die letzte Kuh schlachten?

Der Landwirtschaftsminister hat beschlossen, den Milchkrisengroschen von derzeit 5 auf 10 Groschen je Liter anzuheben. Dieser Beschluß ist ein Meilenstein auf jener Straße, die schnurgerade in den Ruin der österreichischen Lebensmittelproduktion führt. Auf diesem Meilenstein steht, daß den auf Grund unserer landwirtschaftlichen Strukturen vorwiegenden Milchproduzenten – Klein-, Mittel-, Gebirgsbauern – Hunderte Millionen Schilling Milchgeld geraubt werden. Versuchen wir, diese „richtungsweisende“ Tat einer Blitzanalyse zu unterziehen. Und lassen wir Gefühle beiseite, obwohl es schwerfällt, unseren Betrachtungen nicht doch einen Ton beizumischen, der so klingt, als ob eine grobe Bauernfaust auf den Tisch donnert, an dem die „Herren“ sitzen.

Der bewußteste Teil der vom kapitalistischen System ausgebeuteten Bauern beginnt die Zusammenhänge zu begreifen und die sogenannte „Agrarpolitik für alle“ zu durchschauen. Dieser bewußteste Teil beginnt auch Fragen zu stellen, wie: Ist es vernünftig und gerecht, daß Milliarden vergeudet werden für Dinge, die den werktätigen Volksmassen kaum oder gar nicht dienen? Zum Beispiel die aufgeblähte unproduktive Bürokratie, superbesoldetes Bonzentum aller politischen Farben, buchstäblich „verpulverte“ Milliarden für eine mehr als fragliche Rüstung, Investitionsplanlosigkeit im öffentlichen Bereich usw.? Daß aber gleichzeitig dem Bauern, der die notwendigen Lebensmittel produziert, langsam, aber sicher die Existenzgrundlage entzogen wird?

Sie dient „Mächten“, die ein Interesse am Ruin der nationalen Lebensmittelproduktion Österreichs haben: den übernationalen Lebensmittelkonzernen. „Übernational“ heißt, daß es Wirtschaftsgiganten sind, die keine Heimat, sondern nur ein Bestreben haben: Superprofite zu machen, ohne Rücksichten auf „nationale Verluste“. Es geht einem als Bauer „kalt übern Buckel“, wenn man sieht, daß sogar die Agrarpolitik verschiedener Nationen beeinflußt wird. Die Giganten brauchen einen konkurrenzlosen Markt für ihre Pflanzenfette und Öle aus Kokos und Erdnuß, die sie auf neokoloniale Art in tropischen „billigen“ Ländern erzeugen. Konkurrenzloser Markt heißt wiederum Monopolstellung mit Monopolpreisen zum Schaden des Konsumenten.

Wir alle, Bauern und Arbeiter, sind von dieser Entwicklung betroffen. Allerhöchste Eile hat aber der Bauer, die Zusammenhänge zu begreifen, bevor es zu spät ist und die letzte Kuh aus dem Stall ist, denn auch die schönsten Reden agrarpolitischer Agrar-Polit-Demagogen werden die Kuh nicht wieder zurückbringen. Wir Bauern und Arbeiter dürfen daher die Milchkrisengroschenerhöhung nicht als isolierten Akt einer unvernünftigen Agrarpolitik sehen, sondern im Zusammenhang mit dem fortschreitenden Ruin unserer nationalen Lebensmittelproduktion, ganz bewußt geplant von Mächten, die ein Profitinteresse an diesem Ruin haben. ●

Eigentümer: Vereinigung Revolutionärer Arbeiter Österreichs (ML); Herausgeber und Verleger: Alfred Jocha; alle: 1200 Wien, Dresdner Straße 48/4/7.
Für den Druck und den Inhalt verantwortlich: Herbert Treitl, 1020 Wien, Czerningasse 15/2. P.b.b. Erscheinungsort Wien, Verlagspostamt 1200 Wien

Wie Inseln ragen die vom Lon-Nol-Regime noch besetzten Städte aus dem Meer des kambodschanischen Volkskrieges. Aber Lon Nol hat mächtige Freunde: die beiden Supermächte. Nixon versorgt ihn mit Geld und Waffen, Breschnew mit „internationaler Anerkennung“.

Helfer in der Not



Der Freiheitskampf des kambodschanischen Volkes ist ein heißes Eisen für die Revisionisten der "K"PÖ. Die russischen Führer unterstützen nämlich das Regime Lon Nols sowohl diplomatisch als auch materiell. Gleichzeitig aber posaunen sie und ihre revisionistischen Nachbeter in aller Welt aus, daß sie selber die "wahren Freunde" der kambodschanischen Befreiungskämpfer seien und sie machen mit ihrer angeblichen "Unterstützung" für sich Reklame.

Kein Wunder, daß die "Volksstimme" den Volkskrieg in Kambodscha lange Zeit durch Verschweigen aus der Welt zu schaffen suchte. Das ging aber nur solange, bis es alle Spatzen von den Dächern pfiffen, was für ein schmutziges Spiel die russischen Imperialisten in Kambodscha spielen. Seither verlegt sich die "Volksstimme" darauf, die Regierung der Befreiungskämpfer als "Exilregierung" zu verleumden und gegen den Kampf des Khmer-Volkes und für "Versöhnung" der Nationalen Einheitsfront mit den Imperialisten Propaganda zu machen.

Wiederholen wir noch einmal die bekannten Tatsachen: Im März 1970 putscht ein Teil der kambodschanischen Armee im Auftrage des CIA gegen das Staatsoberhaupt Sihanouk, der sich gerade im Ausland befindet. Sofort erhebt sich das Volk gegen die amerikahörige Soldateska, auch patriotische Soldaten und Offiziere gehen auf die Seite des Volkes über. Bereits fünf Tage nach dem Putsch ist eine nationale Einheitsfront geschaffen, die vom Prinzen Sihanouk bis zum kommunistischen Guerilla reicht, mit dem Ziel, ein unabhängiges, neutrales und demokratisches Kambodscha zu erkämpfen. Ende April erklärt die Gipfelkonferenz der Völker Indochinas: Die Königliche Regierung der Nationalen Einheit ist die einzig legale Vertretung des kambodschanischen Volkes.

Das war vor drei Jahren. Heute sind schon neunzig Prozent des Territoriums von Kambodscha befreit. Lon Nol, das Oberhaupt der Putschisten, herrscht nur noch über einen schmalen Gebietsstreifen im Landesinneren, über den Hafen Sihanoukville und die Hauptstadt Phnom Penh. Beinahe fünf von den sechs Millionen Khmer leben unter der Regierung der nationalen Einheit, die keine "Exilregierung" ist, sondern ihre Tätigkeit im Inneren des Landes ausübt. Neben den wichtigsten Ministerien, Nationale Verteidigung, Inneres und Information, befinden sich noch mehr als zehn andere Ministerien auf kambodschanischem Boden. Es gibt in Kambodscha tatsächlich eine funktionierende Regierung. An der Spitze des inländischen Zweiges der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit stehen bekannte Führer der Widerstandsbewegung wie Khieu Samphan (stellvertretender Ministerpräsident und Verteidigungsminister), Hou Youn und Hu Nim. Das vom kambodschanischen Volk gewählte Staatsoberhaupt ist Norodom Sihanouk, Ministerpräsident ist Penn Nouth. Es kann also keine Rede sein von einer "Exilregierung", wie es uns die amerikanischen und russischen Imperialisten einreden wollen. Die Inspektionsreise Sihanouks im Februar und März dieses Jahres, bei der er die befreiten Gebiete

in Kambodscha besuchte, zeigte klar und deutlich die Verbundenheit Sihanouks und der Regierung der Nationalen Einheit mit dem kambodschanischen Volk.

Als die Regierung der Nationalen Einheit entstand, wurde sie sofort von den Völkern Indochinas, von der VR China und vielen anderen Ländern anerkannt. Aber sie ist nicht nur die einzige legale Regierung, die Kambodscha besitzt. Sie ist durch die Tatsache, daß sie neunzig Prozent Kambodschas kontrolliert und eine echte Volksregierung ist, hinreichend zur Vertretung des Khmer-Volkes berechtigt.

Die Sowjetunion hat den Kampf des Khmer-Volkes seit jeher zu sabotieren versucht, und auch die anderen revisionistischen Länder folgten ihren Moskauer Oberherren. Die UdSSR hat bis heute die Regierung der Nationalen Einheit und Sihanouk nicht anerkannt. Damit rechtfertigt sie die amerikanische Aggression gegen das neutrale Kambodscha. Denn die amerikanischen Imperialisten behaupten, Lon Nol habe sie zu Hilfe gerufen und schließlich sei dieser ja als "Präsident von Kambodscha" international anerkannt. Aber anerkannt wird die Räuberbande Lon Nols gerade von der UdSSR und den anderen revisionistischen Ländern (außer Jugoslawien). Es ist deshalb eine glatte Verhöhnung, wenn da Otto Janecek in "Weg & Ziel" schreibt: "Eine Regierung anerkennen bedeutet nicht, daß man dieser Regierung auch freundschaftlich verbunden ist."

Welch große Bedeutung die "Anerkennung" Lon Nols hat, zeigt die Rede Sihanouks in Pjöngyang, der Hauptstadt der Volksdemokratischen Republik Korea. Dort sagte er nämlich: "Unsicher gemacht durch die unaufhörlichen und großen Erfolge des Khmer-Volkes in seinem Kampf gegen die amerikanischen imperialistischen Aggressoren und ihre Handlanger, versuchen diese und jene Mächte, die sich mit ihnen im selben Lager wiederfinden, die Nationale Einheitsfront, die Königliche Regierung und die Nationalen Befreiungsstreitkräfte in den Augen der Welt zu diskreditieren."

Sihanouk apellierte an die "sozialistischen Länder" (und er meint hier die Revisionisten, denn die wirklich sozialistischen Länder haben die Regierung der Nationalen Einheit schon längst anerkannt!) "und alle anderen Länder, die Gerechtigkeit, Frieden und Freiheit lieben," dem Befreiungskampf "zu helfen", indem sie den "Fall des Regimes des Erzkriegsverbrechers Lon Nol beschleunigen. ... Diese Hilfe soll nicht militärisch, sondern diplomatisch sein. Das Khmer-Volk bittet diese Länder, die Beziehungen mit der sogenannten 'Khmer-Republik' abzubrechen und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit, die einzige Regierung Kambodschas, zu unterstützen und völkerrechtlich anzuerkennen, falls sie das bis jetzt noch nicht getan haben." Wenn das geschieht, "kann der Frieden in Kambodscha sehr rasch zustande kommen." •

Die Verstaatlichte dient den Kapitalisten

Im Mai wurde gemeldet, daß die österreichische Stahlindustrie im ersten Vierteljahr 1973 mit einer halben Milliarde Schilling ihre - vorwiegend privaten - Abnehmer im Inland subventioniert hat. Das bedeutet, daß die Profite der kapitalistischen Unternehmer von den angeblich im Volkseigentum befindlichen Betrieben allein durch die Preissubvention der Stahlindustrie, auf Jahresbasis gerechnet, heuer mit zwei Milliarden Schilling genützt werden!

Die Inlandslieferungen der Stahlwerke betrugen nämlich im 1. Quartal 495.000 Tonnen, wobei die Preise "um mehr als 1.000 Schilling je Tonne" niedriger lagen als auf dem Weltmarkt. Mehr noch: Wie "Die Presse" (vom 19.-2o.Mai 1973) dieser Meldung hinzufügt, verzichteten die verstaatlichten Stahlwerke "auf lukrative Exporte" (die Exporte gingen gegenüber dem Vorjahr um acht Prozent zurück), "um den inländischen Bedarf decken zu können" (die Inlandslieferungen erhöhten sich gleichzeitig um 17,7 Prozent).

Es ist eine der wichtigsten Funktionen der verstaatlichten Industrie im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Österreich, daß sie "ihre inländischen Abnehmer in steigendem Maße subventioniert", wie 1961 in einer Druckschrift der (damals von Pittermann geleiteten) Sektion IV des Bundeskanzleramtes offiziell betont wurde ("Die verstaatlichte Industrie in Österreich, Schrittmacher und Stabilisator der Gesamtwirtschaft", Wien, 1961, S. 1o). Darin wurde u.a. auch mitgeteilt, daß die Eisen- und Stahlindustrie vom 1.8.1953 bis Juni 1959 trotz steigender Weltmarktpreise ihre Inlandspreise "stillgehalten" und auch nach den Preisregulierungen vom 16.6.1959 und 1.1. 1960 "auf einen Betrag von mehreren hundert Millionen Schilling im Jahr... im Interesse der nachgeordneten, zumeist privaten eisenverarbeitenden Industrien verzichtet hat".

Einer der Bosse der "Verstaatlichten", Sektionschef Dr. Otto Gatscha, bezifferte die von der Eisen- und Stahlindustrie den inländischen Kapitalisten bis 1965 gewährten Preisvorteile mit 2,2 Milliarden Schilling (Pressedienst "Österreichs National-Industrie" Nr. 30, März 1966). Und anläßlich des 25. Jahrestags des Verstaatlichungsgesetzes vom Juli 1946 schrieb die revisionistische "Volksstimme" in einer Sonderbeilage von "vielen Milliarden Schilling", durch welche "die weiterverarbeitende, überwiegend private Industrie mit Preisen, die unter jenen der ausländischen Konkurrenten liegen", von den verstaatlichten Eisen- und Stahlwerken subventioniert werden.

Die Rolle der "Verstaatlichten" als "Schrittmacher" der kapitalistischen Profitwirtschaft erschöpft sich aber nicht in Preissubvention. Sie besteht auch darin, gewaltige Investitionen im Interesse der ganzen Kapitalistenklasse durchzuführen, die von privaten Firmen nicht zu finanzieren wären. Deshalb spendete das führende Organ der österreichischen Großbourgeoisie, "Die Presse", in einem Leitartikel ausdrücklich "ein hohes Lob den vielen großartigen technischen Entwicklungen, die dort (in der verstaatlichten Industrie - D.Red.) ... vorangetrieben worden sind" (26.3.1970). Die "Verstaatlichten" haben überdies - abgesehen von den allgemein üblichen Steuern - einen gewissen (wenn auch relativ sehr bescheidenen) Betrag an Dividenden an das Staatsbudget abzuliefern (von 1946 bis 1969 waren es, wie die "Volksstimme" in der erwähnten Sonderbeihilfe von 1971 schrieb, 3,1 Milliarden S), damit den Unternehmern mehr Steuergeschenke gemacht werden können.

Diese verschiedenen Funktionen der "Verstaatlichten" im Rahmen des staatsmonopolistischen Kapitalismus laufen einander teilweise zuwider: Bei übermäßigen Preisnachlassen verbleibt wenig für Neuinvestitionen und für Gewinnausschüttung in Form von Dividenden an den "Eigentümer" (den Staat). Daraus ergibt sich ein Widerspruch, der für den staatsmonopolistischen Kapitalismus sowohl in den "klassischen" kapitalistischen Ländern als auch in den ebenfalls sozialistischen Ländern, die von den revisionistischen Verrätern auf den Rückweg zum Kapitalismus geführt wurden, charakteristisch ist. Er spiegelt den Widerspruch zwischen dem Gesamtinteresse der Ausbeuterklasse und den Einzelinteressen der diversen kapitalistischen Firmen und Unternehmungen wider.

Dieser Widerspruch war sehr schön zu beobachten, als es im Frühjahr 1970 zu einem Streit um die Stahlpreise in Österreich kam. Die Preise auf dem Inlandsmarkt lagen damals - je nach Produkt - um 13,5 bis 26,8 Prozent unter den "Europapreisen" ("Die Presse", 21.-22. März 1970). Die "Alpine" beantragte daher bei der "Paritätischen Kommission" eine Erhöhung der Preise für Halbzeug um 12,60 Prozent und für Fertigwalzwaren um 18,33 Prozent. Die "Presse" unterstützte diese Forderung; denn, wie sie schrieb, die staatliche Stahlindustrie "kann kein gemeinwirtschaftliches Gebilde (!) mehr sein, sondern muß ausschließlich nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen geführt werden" (Manfred Schuhmayer in derselben Nummer). Und ebenso verwies die "AZ" (vom 15.April 1970) auf "die Grenzen einer gemeinwirtschaftlich motivierten (!) Preispolitik bei Unternehmen, die nach kommerziellen Grundsätzen zu produzieren haben". (Man

beachte, nebenbei, die widerspruchsvolle Aussage in beiden Zitaten, die für die Widersprüchlichkeit des staatsmonopolistischen Kapitalismus so kennzeichnend ist: "Gemeinwirtschaftlich" bedeutet hier Preisvorteile für das einzelne Unternehmen, während die - nach "privatkapitalistischem" Sprachgebrauch - "kommerziellen" oder "marktwirtschaftlichen" Grundsätze der einzelnen Firma solche Vorteile nehmen (!). Der im Verlaufe des damaligen Geplänkels ausgeübte Druck der verarbeitenden Industrie war so stark, daß sich die "Alpine" mit einer Preiserhöhung von 5 bzw. 8 Prozent begnügen mußte.

All das zeigt deutlich, daß die verstaatlichten Betriebe im kapitalistischen Österreich einzig und allein der Kapitalistenklasse als Ganzem und den einzelnen kapitalistischen Unternehmern dienen. Die unverschämte Behauptung der "K"PÖ-Revisionisten, diese Betriebe wären "nicht kapitalistisch" und könnten, wenn man Revisionisten wählt, "umfunktioniert" werden im Sinne eines "friedlichen Weges zum Sozialismus", sind demnach nichts anderes als ein niederträchtiger Betrug an den Arbeitern. Der staatsmonopolistische Kapitalismus ist nach Lenin die unmittelbare Vorstufe zum Sozialismus. Um aber "die Schwelle zu überschreiten", die das kapitalistische Ausbeutersystem von der von Ausbeutung freien sozialistischen Gesellschaft trennt, muß man zuerst den Staat der Kapitalisten mit seinen "Verstaatlichten Betrieben" stürzen, muß man die Volksmacht, d.h. die Diktatur des Proletariats errichten!

★

Kurz nach Fertigstellung obigen Artikels wurde bekanntgegeben, daß sich die Paritätische Kommission mit einer "Preisanhebung" auf dem Stahlsektor befaßt. Grund dafür: Die österreichische Industrie sei auf Grund des Vertrags mit den "Europäischen Gemeinschaften" dazu verpflichtet. Die österreichischen Stahlpreise müßten die gleichen sein wie die auf den Märkten der Montanunion geltenden.

Das ändert aber nichts an den oben ausgeführten Tatsachen. Und schon gar nichts an den grundsätzlichen Schlußfolgerungen, die wir an diese geknüpft haben. Eine solche Erhöhung zeigt aber, wie durch das Abkommen mit der EWG manche Wirtschaftsinteressen österreichischer Unternehmer beeinträchtigt werden. Das darf jedoch keineswegs eine Ausrede für sie sein, sich an den arbeitenden Menschen Österreichs schadlos zu halten! Will man den österreichischen Arbeitern aus diesem Grund Preiserhöhungen aufzwingen, müssen sie entschieden zurückgewiesen werden. Genauso dürfen die Metallarbeiter nicht zulassen, daß ihnen mit dieser Begründung berechtigte Lohnerhöhungen streitig gemacht werden. ●



Ein Leserbrief

Ich möchte einen kleinen Erfahrungsbericht geben. Seit etwa 3 Jahren verteile ich im Werk unsere Zeitung "Für die Volksmacht". Ich möchte Euch schildern, was ich mit meinem Zeitungsverteilen erreicht habe. Ich werde jeden Monat von meinen Abnehmern gefragt, wann unsere Zeitung kommt. Weil es manchmal passiert, daß ich diese nicht gleich am nächsten Tag nach der Postzustellung mitbringe. Die erste Feststellung ist, daß unsere Leute an dem Interesse haben, was die VRA zu sagen hat. Ich weiß auch, daß unsere Zeitung durch viele Hände geht, bis sie auf einmal verschwindet. So konnte ich feststellen, daß die Betriebsräte der "K"PÖ auf unsere Zeitung sehr scharf sind und ihrer habhaft werden wollen. Vor einigen Tagen habe ich einen meiner Stammabnehmer gefragt, was er denn über die VRA denke? Er bestätigte mir, daß viele von den in der "Für die Volksmacht" vertretenen Ansichten richtig seien. Meine Frage, ob er zu einer aktiven Mitarbeit bereit wäre, lehnte er vorerst allerdings ab. Die Leute sind ziemlich eingeschüchtert. Der Druck, der auch auf die VOEStler ausgeübt wird, ist nicht gering. Besonders wenn man mit Ansichten wie unseren aufkreuzt. Da sind sich alle einig. Von der Unternehmensleitung über die SPÖ-Betriebsräte bis zu den Revisionistenhäuptlingen. Dies erklärt auch die Einstellung der Arbeiter in unserem Betrieb.

Aber ich werde in der gleichen Form weitermachen und meine, daß sich doch eines Tages ein Erfolg einstellen wird.

Mit revolutionären Grüßen B.F., Linz ●



Von Amerika lernen?



Die „Prawda", einst Vorkämpferin gegen den US-Imperialismus, beschert ihren Lesern ein ganz neues Amerikagefühl. Seitdem Gevatter Breschnew seinen Kumpel Nixon besuchte, ist Amerika „in"; russische Journalisten durchreisten kreuz und quer die schönsten Gegenden der USA und schwelgen in ellenlangen Artikeln von einmaligen Ford-Autos, köstlich-kalter Paradeissoße (Ketchup) und Coca-Cola. Derart aus- und angefüllt mit schönen Dingen haben die Journalisten gar keinen Platz mehr für so plumpe Wahrheiten wie etwa den US-Bombenkrieg gegen Kambodscha. Und Watergate? Nie gehört.

Die wahrhaft weltbewegenden Dinge sind ganz anderer Natur. „Alles geht besser mit Coke..." schrieben zwei Journalisten. „Während unserer Reise leerten wir nicht weniger als 300 Flaschen." Nun, gerüchteweise hat man ja schon gehört, daß das alkoholfreie Cola, allzureichlich genossen, zu Rauschzuständen führen kann. Wenn da also zwei Flaschen (Journalisten nämlich) 300 Flaschen (Coke) hinuntergurgeln, und man vergleicht anschließend ihre Berichte mit der Wirklichkeit, dann wird man den Verdacht nicht los, daß an den Gerüchten wirklich etwas dran ist. Zumal dieselben Journalisten überall „blitzsaubere" Restaurants und Motels inspizierten, ohne daß ihnen aufgefallen wäre, daß in etlichen dieser Lokale pikanterweise Hunde und Nigger nicht bedient werden. Und - vielleicht übernächtig vom Feiern - stellten sie kühn die Forderung: „Wir können und wir müssen zum Beispiel eine Menge lernen von der amerikanischen Übernächtigungsindustrie."

Nach ihrem schönen Ausflug ins westliche Schlaraffenland saßen die „Prawda"-Redakteure dann wieder daheim in Moskau, stocherten appetitlos im Borschtsch herum und träumten von vergangenen Genüssen. Ihr Unmut über die Zustände im eigenen Land gipfelte schließlich in dem verzweifelten Aufschrei: „Was ist mit Ketchup in der Sowjetunion? Das Rezept ist doch kein militärisches Geheimnis der Amerikaner." Woraus man ersehen kann, daß den Herren Redakteuren nicht der durch Mißwirtschaft verursachte Getreidemangel, sondern vielmehr der Ketchup-Mangel in der Sowjetunion zu schaffen macht.

Aber sie mögen sich trösten, denn zumindest eine ihrer Forderungen wird im Kreml Wohlgefallen finden. Nämlich: „Wir sollten von Amerika lernen, wie man Autobahnen und Straßen baut." Sowas hört Breschnew sicher gern - in seiner Garage wartet bekanntlich eine stattliche Anzahl sündteurer Straßenflitzer auf eine geeignete Rennbahn. ●